
Josef Steindls Manuskripte zur Wirtschaftspolitik der Nachkriegsjahre*

Alois Guger**

Josef Steindl ist in der internationalen Fachwelt durch seine Stagnationstheorie und seine Beiträge zur Kalecki'schen und postkeynesianischen Ökonomie sowie durch seine stochastischen Modelle zur Analyse der Größenstruktur der Unternehmen und die Verteilung der persönlichen Einkommen sehr bekannt. In Österreich ist Josef Steindl als Wirtschaftsforscher (WIFO) mit anspruchsvollen theoretischen und empirischen Arbeiten zum Arbeitsangebot, zu Fragen der Arbeitsproduktivität, zur Bildungsplanung, zur Lohn-, Verteilungs- und Technologiepolitik sowie zum Haushaltssparen und Fragen der makroökonomischen Steuerung der Wirtschaft hervorgetreten.

Seine Freunde und Kollegen erlebten Josef Steindl als anregenden, analytischen Denker und einfühlsamen Gesprächspartner – immer bescheiden und zurückhaltend. In seinem Nachlass¹ finden sich aber – unpubliziert oder in bisher unentdeckten Publikationen veröffentlicht – sehr engagierte, politische Kommentare zum wirtschaftspolitischen Tagesgeschehen in Österreich Anfang der 1950er-Jahre.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“, in der Josef Steindl zwischen 1979 und 1987 mehrfach publizierte und in der im Vorjahr mit zwei Beiträgen (Hein 2018, King 2018) die Aktualität seines theoretischen Werkes ausführlich gewürdigt wurde, veröffentlicht hier eine Auswahl seiner bisher unbekanntenen Stellungnahmen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen der Nachkriegswirtschaft.

Dieser Beitrag soll die hier abgedruckten, tagespolitischen Kommentare in Steindls wissenschaftlichem Gesamtwerk sowie im wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Umfeld der Nachkriegsjahre verorten. Für die Einschätzung der gefundenen wirtschaftspolitischen Kommentare im Lichte der Steindl'schen Vision vom kapitalistischen Wirtschaftsprozess beziehe ich mich auf die Hauptthese seines Werkes, die Stagnationstheorie.

* Das Publikationsorgan, in dem die Papiere aus Josef Steindls Nachlass veröffentlicht wurden, ist unbekannt.

** Für kritische Durchsicht und wertvolle Anregungen möchte ich Michael Mesch und Ewald Walterskirchen danken.

Exil in Oxford – prägende Jahre

Nach dem Studium in der Tradition der Österreichischen Schule der Nationalökonomie wurde Josef Steindl am Institut für Konjunkturforschung sehr bald – noch im Erscheinungsjahr 1936 – mit Keynes' „General Theory“ bekannt.² Angesichts der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit griff er die Abhilfe versprechenden, neuen Theorien von John M. Keynes rasch auf und erwies sich bereits 1937 in einem Artikel über Harrods Buch „The Trade Cycle“ (1936) – noch von Wien aus – als gut informierter Teilnehmer an den Diskussionen innerhalb des Keynes'schen Paradigmas.

Im Gefolge des Anschlusses an Hitler-Deutschland verlor Steindl seine Anstellung am Konjunkturforschungsinstitut und ging nach Oxford, wo er am Balliol College von 1938 bis 1941 als Forschungsassistent Aufnahme fand. 1941 wechselte er an das Oxford University Institute of Statistics und forschte dort bis zu seiner Rückkehr nach Österreich im Jahr 1950. In diesem Institut traf er auf Michal Kalecki, der unbeeinflusst von der traditionellen Ökonomie, aus dem Marx'schen Gedankengebäude kommend, bereits 1933 (allerdings auf Polnisch) die Keynes'sche Revolution vorweggenommen hatte.³ Steindl arbeitete bis 1944 mit Michal Kalecki eng zusammen und wurde von dieser Zusammenarbeit in seiner wissenschaftlichen Entwicklung entscheidend geprägt. Er bezeichnete diese Zeit an der Seite Kaleckis als seine „*formative years*“.⁴

Josef Steindls Stagnationstheorie

Josef Steindls Hauptinteresse galt den säkularen Entwicklungsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise wurde die Krisenanfälligkeit des Systems zu seinem zentralen Forschungsprogramm. In den 1940er-Jahren analysierte er ausführlich theoretisch und empirisch die bereits von Karl Marx behaupteten Monopolisierungstendenzen im Kapitalismus. In seinem ersten Buch „Small and Big Business“ (1945) kam er zum Schluss, dass neben den bekannten Kostenvorteilen der Massenproduktion die hohen Kosten für Forschung und Entwicklung sowie die günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten für Großbetriebe die Ursachen dieses Prozesses der Monopolisierung und Oligopolisierung bilden.

Auf der Grundlage dieser mikroökonomischen Überlegungen entwickelte Steindl in seinem Hauptwerk „Maturity and Stagnation in American Capitalism“ (1952) seine endogene⁵ Theorie der säkularen Stagnation und erklärte damit den Rückgang der Wachstumsraten der US-Wirtschaft vom späten 19. Jahrhundert bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs.

In Steindls Theorie kommt dem Wettbewerb eine entscheidende Rolle zu: Auf Konkurrenzmärkten, auf denen kleine Firmen anbieten, sind die Gewinnmargen und Preise flexibel, bei sinkender Nachfrage werden Überkapazitäten rasch abgebaut und kostensenkende technische Neuerungen an die Konsumenten weitergegeben. Anders auf den Oligopolmärkten der großen Unternehmen, die aufgrund von Eintrittsbarrieren höhere Gewinnmargen durchsetzen können: Hier konzentriert sich der Wettbewerb auf Marketingstrategien und Produktdifferenzierung, die Preise werden strategisch mit Blick auf aktuelle und potenzielle Konkurrenten gesetzt. Diese Oligopolanbieter reagieren auf Nachfrageeinbußen eher mit geringerer Kapazitätsauslastung als mit Preissenkungen bzw. setzen effizientere Produktionsmethoden eher in höheren Gewinnmargen um, als niedrigere Kosten an die Konsumenten weiterzugeben. Diese Entwicklung wird durch das stärkere Sicherheitsbedürfnis der großen Konzerne, die weniger risikofreudig agieren, mehr interne Ersparnisse anhäufen, größere Reservekapazitäten halten und die Verschuldungsquote senken, noch verstärkt.

Aus diesem mikroökonomischen Prozess der zunehmenden Oligopolisierung folgen makroökonomisch Instabilität und Stagnationstendenzen: Auf der Unternehmensebene wird durch Überschusskapazitäten die Investitionsbereitschaft gehemmt, und die Gewinne werden „*to those industries which are reluctant to use them*“,⁶ also zu den oligopolistischen Konzernen, umverteilt. Gesamtwirtschaftlich steigt die Gewinnquote, es kommt zu einer Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen, also von Einkommen mit niedriger zu solchen mit hoher Sparneigung, womit die Konsumnachfrage und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zusätzlich gedämpft werden.

Vollbeschäftigung als Ziel der Wirtschaftspolitik

Die von Keynes und Kalecki aufgezeigte Instabilität des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses erhält also im Steindl'schen Modell durch die zunehmende Oligopolisierung der Märkte einen endogenen deflationären *Bias*. Unabhängig von exogenen Nachfrageausfällen wird dadurch der Akkumulationsprozess gedämpft, sodass nachfragegestützte wirtschaftspolitische Eingriffe erforderlich werden.

Die Keynes-Kalecki-Revolution im ökonomischen Denken und die Erfahrungen der Kriegswirtschaft hatten ihre wirtschaftspolitischen Auswirkungen. Arbeitslosigkeit wurde bald nicht mehr als Schicksal, sondern als Aufgabe der Wirtschaftspolitik gesehen. Erstens wurden rasch Pläne für steuernde Eingriffe in die Kriegswirtschaft vorgelegt und die notwendigen Instrumente für deren Umsetzung ausgearbeitet.⁷ Zweitens wurden noch

während des Krieges mit William Beveridges „Full Employment in a Free Society“ (1944) und „The Economics of Full Employment“ (1944) des Oxford Institute of Statistics konkrete Pläne für die wirtschaftspolitische Steuerung nach dem Krieg entwickelt.⁸ Schließlich wurde drittens Vollbeschäftigung im angelsächsischen Raum in einer Reihe von Weißbüchern in den wirtschaftspolitischen Zielkatalog aufgenommen: 1944 in Großbritannien mit dem „White Paper on Employment Policy“, 1945 in Kanada mit dem „White Paper on Employment and Income“ und in Australien mit dem „White Paper on Full Employment“. 1946 folgten die USA mit dem „Employment Act“.

Josef Steindl arbeitete in dieser Zeit am Oxford University Institute of Statistics an seinem Forschungsprogramm über die Monopolisierungs- und Stagnationstendenzen im Kapitalismus. Daneben veröffentlichte er im Rahmen der laufenden Institutstätigkeit im Bulletin des Oxford University Institute of Statistics⁹ nicht nur zahlreiche empirische Studien zu Lohn-, Inflations-, Beschäftigungs- und Finanzierungsfragen der Kriegswirtschaft für Großbritannien, Australien, Kanada, die USA und Indien, sondern publizierte noch vor seiner Rückkehr auch über Österreich (Steindl 1946a, 1947a) und in Österreich (Steindl 1946b, 1946c, 1947b).

Unter dem Titel „Volle Beschäftigung als Grundlage der Wirtschaftspolitik“ trat er im Dezemberheft 1946 der Zeitschrift „Der österreichische Volkswirt“ für eine aktive Beschäftigungspolitik in Österreich ein. Auf wenigen Seiten legt er in einer noch immer lesenswerten Analyse das Prinzip der effektiven Nachfrage und den Multiplikatorprozess anhand der Kalecki'schen volkswirtschaftlichen Bilanzen dar. Er geht unter Hinweis auf die Erfahrungen Großbritanniens ausführlich auf die Möglichkeiten der Geldpolitik – einer Politik des billigen Geldes – und auf die notwendige Kapitalausstattung sowie die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Vorprodukten in der Mangelwirtschaft der Nachkriegszeit ein. Bei der Nachfragepolitik des Staates geht es ihm nicht nur um das Niveau der wirksamen Nachfrage, sondern auch um deren Zusammensetzung. Er spricht in diesem Zusammenhang¹⁰ von einem „Prinzip der sozialen Prioritäten“. Demnach sollen brachliegende Produktionsmittel zuerst dort eingesetzt werden, wo „die größtmögliche Verbesserung der sozialen Lage – des Gesundheitszustandes und der Erziehung – der breiten Massen des Volkes erzielt werden kann“, wobei er Investitionen in den Produktionsapparat explizit auch hohe soziale Priorität zumisst, da sie die Produktivität erhöhen und längerfristig den Lebensstandard der Massen verbessern.¹¹ Angesichts des großen makroökonomischen Ungleichgewichts in der Nachkriegswirtschaft unterscheidet Steindl streng zwischen potenzieller (rückgestauter) Nachfrage an Wohnhäusern, Konsum- und Kapitalgütern sowie wirksamer, kaufkräftiger Nachfrage und betont die Notwendigkeit einer gesamtwirtschaftlichen Planung. Nur durch eine Lenkung der Nach-

frage und des Angebots, der Produktionsmittel, der Kapitalbildung und des Außenhandels könnten Inflation und Arbeitslosigkeit vermieden werden. Die Alternative wäre eine Anpassung der Nachfrage an das knappe Güterangebot durch eine orthodoxe Finanzpolitik, was eine Einschränkung des Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungsniveaus bedeutete.

Ist der Kapitalismus bereit, Arbeitslosigkeit zu verhindern?

Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf dem Kontinent die Volkswirtschaften mit dem Wiederaufbau und enormer Mangelwirtschaft zu kämpfen hatten, war in den angelsächsischen Ländern konstruktivistischer Optimismus weit verbreitet. Unter der Federführung von John Hicks und Paul Samuelson wurde die Keynes'sche Lehre rasch als „Neoklassische Synthese“ in die Orthodoxie integriert und Vollbeschäftigung zu einem rein technischen Problem der finanz- und geldpolitischen Steuerung des Wirtschaftsprozesses erklärt.

Weniger zuversichtlich waren Kalecki und Keynes¹² sowie deren engste Umgebung, wie Josef Steindl in Oxford und Richard Kahn und Joan Robinson in Cambridge. Sie beschränkten ihre Analyse nicht auf die rein technischen Probleme der makroökonomischen Steuerung eines von individuellen Produzenten und Konsumenten getragenen Wirtschaftsgeschehens – die Vision der orthodoxen Ökonomie –, sondern nahmen auch eine soziologische Perspektive ein und berücksichtigten die unterschiedliche Stellung der Menschen im Produktionsprozess als Rentiers, Unternehmer oder Lohnabhängige. Damit beziehen sie die Verteilungsfrage, die Machtverhältnisse und die Politik in die Analyse mit ein – die Produktionsverhältnisse, um mit Marx zu sprechen.

Im Jänner 1943 schrieb Joan Robinson (1943, S. 84f) in „The Times“:

„The first function of unemployment ... is that it maintains the authority of master over man ... the absence of fear of unemployment might ... have a disruptive effect upon factory discipline ... Unemployment in a private-enterprise economy has not only the function to preserving discipline in industry, but also indirectly of preserving the value of money.“

Im selben Jahr schlug Michal Kalecki (1943) mit seinem viel beachteten Aufsatz „Political Aspects of Full Employment“ in dieselbe Kerbe: Er sah im demokratischen Kapitalismus den Erhalt der Vollbeschäftigung am Widerstand der Unternehmerschaft scheitern und erwartete für die Friedenszeit nach dem Krieg einen politischen Konjunkturzyklus.

Auch Josef Steindl (1946b, S. 3) sprach in seinem Artikel zur Vollbeschäftigungspolitik im „Österreichischen Volkswirt“ den Widerstand gegenüber dieser Politik explizit an:

„Sobald die Politik der vollen Beschäftigung ... konkrete Gestalt erhält ... erheben sich ... ernste Widerstände. Wenn sich die öffentliche Hand im Wohnhausbau betätigen soll, wenn große Mengen Geld zur Verbesserung der Lage der Armen ausgegeben werden sollen, ja, wenn der Staat sogar zur Erneuerung eines rückständigen Produktionsapparates tätig eingreifen soll – dann fühlen sich einflußreiche private Unternehmerinteressen bedroht. Auf ihren Widerstand stützt sich die *orthodoxe Finanzpolitik* ...

Es ist eine außerordentlich bemerkenswerte Erscheinung, daß einflußreiche Kreise der privaten Unternehmerschaft (z. B. in Deutschland die Schwerindustrie und die Banken) sowie der Experten vor der Ankunft des ‚Dritten Reiches‘ zähe Anhänger der orthodoxen Finanzpolitik waren. Sie haben damals jede Forderung nach Arbeitsbeschaffung als ungesund, dilettantisch und unmoralisch bezeichnet. Mit der Ankunft des Nazireiches haben sie ihre Einstellung plötzlich geändert und haben die Finanzpolitik dieses Regimes als großartige Neuerung gepriesen und unterstützt.“

Manuskripte zur österreichischen Wirtschaftspolitik – aus den frühen 1950er-Jahren

Anfang 1950 kehrte Josef Steindl aus dem Exil zurück an das „Institut für Wirtschaftsforschung“, dem früheren „Konjunkturforschungsinstitut“, das er 1938 hatte verlassen müssen. Am Institut nahm er in gewisser Weise eine spezielle Position ein, da er weniger in die laufende Berichterstattung eingebunden war, sondern vor allem an umfangreicheren Studien wie Branchenanalysen, internationale Lohnkosten- und Produktivitätsvergleiche oder über den technisch-naturwissenschaftlichen Nachwuchs und Einkommensverteilung arbeitete, die als Beilagen zu den Monatsberichten des Instituts erschienen.¹³ Mit einer dieser Studien, die 1956 unter dem Titel „Wie wirkt die Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling?“ erschien, erwies er sich als Pionier der empirischen Multiplikatoranalyse und brachte die keynesianische Konjunktursteuerung in die wirtschaftspolitische Diskussion in Österreich ein.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung und die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Wiener Arbeiterkammer waren jene Institutionen, über die durch Aufnahme von Rückkehrern aus der Emigration der Keynesianismus nach dem Krieg in Österreichs Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung Eingang fand. Die Universitäten blieben den Rückkehrern und den neuen ökonomischen Ideen noch lange versperrt.¹⁴

Josef Steindl ist uns als sehr zurückhaltender und sachlicher Wissenschaftler in Erinnerung. Aus seinem Nachlass¹⁵ eröffnet sich aber auch eine politisch engagierte Seite. Er dürfte unmittelbar nach seiner Rückkehr in den frühen 1950er-Jahren journalistisch-politisch aktiv gewesen sein – höchstwahrscheinlich anonym oder unter einem Pseudonym. Er hinterließ

rund dreißig Manuskripte, die sich mit konkreten wirtschaftspolitischen Ereignissen befassen und auf entsprechende Zeitungsartikel Bezug nehmen, deren Publikationsorgane aber bisher nicht aufgefunden werden konnten. Aus den von ihm angesprochenen Ereignissen ist zu entnehmen, dass die meisten Arbeiten aus den frühen 1950er-Jahren stammen. Vier Beispiele werden hier veröffentlicht.

Unter den teils handschriftlichen Manuskripten fand sich ein mehrmals umgeschriebenes Papier mit dem Titel „Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit?“, in einer Version auch betitelt: „Kann der Kapitalismus Arbeitslosigkeit vermeiden?“¹⁶ In dem Papier greift er – den Argumenten von Kalecki und Robinson aus dem Jahr 1943 folgend – mit Bezug auf Österreich den Widerstand der Unternehmerschaft gegen die staatliche Vollbeschäftigungspolitik scharf an. Er schont dabei auch die Arbeitnehmervertreter („Beschwichtigungshofräte“) nicht und geht wie 1946 im „Österreichischen Volkswirt“ noch ausführlicher auf die Hindernisse der Vollbeschäftigungspolitik im demokratischen Kapitalismus ein. In einer Version fügt er am Schluss warnend an: „Eine Arbeiterpartei aber, die Arbeitslosigkeit beschönigt und Drohung ihrer weiteren Steigerung ignoriert, spielt dem Faschismus in die Hände.“

In weiteren Papieren geht Josef Steindl auf ganz konkrete tagespolitische Themen in Österreich ein. Die zentralen wirtschaftspolitischen Probleme waren damals die Beseitigung der Zerstörung und der Wiederaufbau der Produktions- und Lebensgrundlagen. Unmittelbar war der Mangel zu bewältigen sowie die Inflation und das Handelsbilanzdefizit in den Griff zu bekommen.

Relativ bald nach seiner Rückkehr – 1951 oder 1952 – beschäftigte er sich mit der „Struktur der österreichischen Wirtschaft nach dem Krieg“: Er hebt die bestehende Wohnungsnot hervor und beklagt die wirtschaftspolitische Vernachlässigung der Landwirtschaft und den geringen Lebens- bzw. Versorgungsstandard der städtischen Bevölkerung, dem ein hohes Potenzial an Industrieproduktion gegenüberstehe. Er verweist auf die Exportmöglichkeiten für die Finalindustrie im Osten Europas.

Ende 1951 analysiert er den Budgetvoranschlag für das Jahr 1952 unter dem Titel „Budget“ im Hinblick auf die Plausibilität der Budgetansätze und die redistributiven Wirkungen der Steuern – sein Urteil: „Ein asoziales Steuersystem“.

Um die Jahreswende 1952/53 greift Josef Steindl den strengen Kamitz'schen Stabilisierungskurs¹⁷ scharf an: Die Mangelwirtschaft nach dem Krieg und das Bemühen, die Produktion zu beleben, waren trotz der Preis- und Lohnabkommen mit anhaltend starkem Preisauftrieb und großen Handelsbilanzproblemen verbunden; die Inflationsraten waren bis 1952 zweistellig. 1951 zog infolge des Koreakriegs die Inflation stark an, gleichzeitig kürzten die USA die Marshall-Plan-Mittel und forderten res-

triktivere Stabilisierungsmaßnahmen ein. Diese Aufforderung nahmen die Sozialpartner nur mit Vorbehalt auf; sie vertrauten vielmehr auf die Möglichkeiten einer kooperativen Einkommenspolitik.¹⁸ Im Jänner 1952 trat der neue Finanzminister Reinhard Kamitz sein Amt an und setzte unter der Marke „Raab-Kamitz-Kurs“ einen harten Stabilitätskurs durch. In „Neue Verbrauchsteuern – heißt das Preisstabilisierung?“ nimmt Josef Steindl diesen restriktiven Kurs und den Druck der US-Politik aufs Korn: Da die USA über das Marshall-Programm den restriktiven Kurs überall in Europa durchsetzt, werde über die außenwirtschaftliche Verflechtung die restriktive Wirkung verstärkt. Zusätzlich treibe die Anhebung der Verbrauchsteuern die Inflation an und werde sich in höheren Lohnforderungen niederschlagen. Er fordert von den USA eine Öffnung des Osthandels, denn: „Unsere Schwierigkeiten kommen nicht davon, dass uns die Amerikaner die Hilfe kürzen, sondern davon, dass sie uns verbieten, uns einen Ersatz für die Hilfslieferungen in der Erweiterung des Osthandels zu suchen.“

Zusammenfassung

Die Bibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien hat den wissenschaftlichen Nachlass Josef Steindls (1912-1993) übernommen, fachgerecht erschlossen und in einem digitalen Archiv sehr benutzerfreundlich, zeitgemäß zugänglich gemacht (<https://viewer.wu.ac.at/viewer/>). Für wissenschaftlich oder politisch Interessierte stehen damit auch die unveröffentlichten bzw. in unbekanntenen Publikationen veröffentlichten Manuskripte zur Verfügung.

Josef Steindl hat nach seiner Rückkehr 1950 am WIFO weniger an kurzfristigen Berichten zur Wirtschaftslage als vielmehr – wie auch aus seiner Publikationsliste klar ersichtlich ist – an wissenschaftlich anspruchsvollen Studien gearbeitet. Bisher kaum bekannt war, dass er in den ersten Jahren nach seiner Rückkehr privat – wahrscheinlich anonym – journalistisch-politisch aktiv war. In diesem Heft von „Wirtschaft und Gesellschaft“ werden beispielhaft vier seiner bisher unbekanntenen wirtschaftspolitischen Papiere veröffentlicht, und dieser Beitrag versucht, sie in seinem wissenschaftlichen Werk und dem historischen Umfeld zu verorten.

Anmerkungen

- ¹ Josef Steindls wissenschaftlicher Nachlass befindet sich an der Bibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien in der „Sondersammlung Kurt W. Rothschild und Josef Steindl“ im Library & Learning Center (LC) im Raum 6.203 des OMV-Bibliotheksentrums und kann digital unter www.viewer.wu.ac.at eingesehen werden. Informationen zu Josef Steindl finden sich auch auf der Homepage: <http://www.josef-steindl.at/>.
- ² Guger (2016) 54ff.

- ³ Robinson (1964).
- ⁴ Steindl (1984) 4.
- ⁵ Der Begründer des Begriffs „säkulare Stagnation“ Alvin Hansen (1954) hob in seiner Besprechung des Buches von Josef Steindl die Bedeutung seiner Theorie als endogene Erklärung der Stagnation als Fortschritt gegenüber seiner eigenen exogenen Theorie besonders hervor.
- ⁶ Steindl (1976) XV.
- ⁷ Keynes hat mit „How to Pay for the War“ (1940) ein Konzept vorgelegt und von James Meade und Richard Stone Grundlagen für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ausarbeiten lassen (Winch [1972] 272ff). Auch Kalecki hat am Oxford Institute of Statistics an Rationierungsplänen für die Regierung gearbeitet (Feiwel 1975).
- ⁸ Keynes beschrieb 1943 seine Erwartungen für die Nachkriegszeit; vgl. dazu Guger, Walterskirchen (1988) 108f.
- ⁹ Von 1941 bis 1947 im Bulletin des Institute of Statistics 22 Artikel.
- ¹⁰ Unter Hinweis auf den Bau der Höhenstraße als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in den 1930er-Jahren.
- ¹¹ Steindl (1946b) 3.
- ¹² Dazu ausführlich: Kahn (1972) 97ff, 103ff.
- ¹³ Für eine vollständige Literaturliste siehe: <http://www.josef-steindl.at/work/>.
- ¹⁴ Siehe dazu: Günther Chaloupek, Johannes Feichtinger und Alois Guger in: Mesch, M. (Hrsg.), *Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?* (2016).
- ¹⁵ Der wissenschaftliche Nachlass Josef Steindls ist in der Bibliothek der Wirtschaftsuniversität physisch und digital archiviert und unter www.viewer.wu.ac.at digital einsehbar – soweit er nicht Dokumente betrifft, die sich auf noch lebende Personen beziehen.
- ¹⁶ Aus den verschiedenen Fassungen geht hervor, dass das Papier um 1950 verfasst worden sein dürfte. Die Versionen sind unter www.viewer.wu.ac.at einsehbar.
- ¹⁷ Hans Seidel (2005) 66f spricht von „Stabilität durch Schocktherapie“, vgl. dazu auch Butschek (1985) 109ff.
- ¹⁸ Seidel (2005) 487.

Literatur

- Butschek, F., *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert* (Stuttgart/Wien 1985).
- Chaloupek, Günther, *Die Emigration von Ökonomen aus Österreich in die USA und nach Großbritannien und der Einfluss der Rückwanderer auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdenken*, in: Mesch (Hrsg., 2016) 13-44.
- Feichtinger, Johannes, *Keynes-Rezeption vor dem „Austro-Keynesianismus“ der Ära Kreisky. Die Arbeiterkammer als wirtschaftspolitischer Think-Tank in der Nachkriegszeit*, in: Mesch (Hrsg., 2016) 73-110.
- Feiwel, G. R., *The Intellectual Capital of Michal Kalecki* (Knoxville, TN, 1975).
- Guger, A., *Frühe Keynes-Rezeptionen am Institut für Konjunkturforschung bzw. WIFO*, in: Mesch (Hrsg., 2016) 45-72.
- Guger, A.; Walterskirchen, E., *Fiscal and Monetary Policy in the Keynes-Kalecki Tradition*, in: Kregel, J.; Matzner, E.; Roncaglia, A. (Hrsg.), *Barriers to Full Employment* (London 1988) 103-132.
- Hein, E., *Stagnation policy in the Eurozone and economic policy alternatives: A Steindlian/neo-Kaleckian perspective*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44/3 (2018) 315-348.
- Kahn, R., *Selected Essays on Employment and Growth* (Cambridge 1972).
- Kalecki, M., *Political Aspects of Full Employment*, in: *The Political Quarterly* XIV/4 (1943) 322-331.

- Keynes, J. M., *How to Pay for the War* (London 1940)
- King, J. E., Josef Steindl and Capitalist Stagnation, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44/4 (2018) 525-543.
- Mesch, M. (Hrsg.), *Wie kam der Keynesianismus nach Österreich? Die Ökonomie der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit*, Bd. 2 (Wien 2016).
- Robinson, J. V. R., *Planning Full Employment*, in: *The Times* (22./23.1.1943); abgedruckt in: Joan Robinson, *Collected Economic Papers*, Vol. I (Oxford 1966) 81-88.
- Robinson, J.V.R, Kalecki and Keynes, in: Kowalik, T. (Hrsg.) *Problems of Economic Dynamics and Planning, Essays in Honour of Michał Kalecki* (Warschau 1964); abgedruckt in: Joan Robinson, *Collected Economic Papers*, Vol. III (Oxford 1975) 92-99.
- Seidel, H., *Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg* (Wien 2005).
- Steindl, J., *Small and Big Business. Economic Problems of the Size of Firms* (Oxford 1945).
- Steindl, J., *The Economic Position of Austria*, in: *Bulletin of the Oxford University Institute of Statistics* 9/1 (1946a).
- Steindl, J., *Volle Beschäftigung als Grundlage der Wirtschaftspolitik*, in: *Der österreichische Volkswirt* 32/30 (1946b).
- Steindl, J., *Probleme des Außenhandels*, in: *Der österreichische Volkswirt* 32//32/33 (1946c).
- Steindl, J., *The Economic Position of Austria*, in: *Bulletin of the Oxford University Institute of Statistics* 9/1 (1947a).
- Steindl, J., *Probleme des österreichischen Außenhandels*, in: *Der österreichische Volkswirt* 33/1 (1947b).
- Steindl, J., *Wie wirkt die Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling?*, in: *WIFO-Monatsberichte* 29/Sonderheft 9 (1956).
- Steindl, J., *Maturity and Stagnation in American Capitalism* (Oxford 1952); Neuauflage mit neuer Einleitung (New York/London 1976).
- Steindl, J., *Reflections on the present state of economics*, in: *Banca Nazionale del Lavoro Review* 148 (1984) 3-14.
- Winch, D., *Economics and Policy. A Historical Survey* (Bungay, Suffolk, 1972).

Zusammenfassung

Die Bibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien hat den wissenschaftlichen Nachlass Josef Steindls (1912-1993) übernommen, fachgerecht erschlossen und in einem digitalen Archiv sehr benutzerfreundlich, zeitgemäß zugänglich gemacht (<https://viewer.wu.ac.at/viewer/>). Für wissenschaftlich oder politisch Interessierte stehen damit auch die unveröffentlichten bzw. in unbekanntenen Publikationen veröffentlichten Manuskripte zur Verfügung.

Josef Steindl hat nach seiner Rückkehr 1950 am WIFO weniger an kurzfristigen Berichten zur Wirtschaftslage als vielmehr – wie auch aus seiner Publikationsliste klar ersichtlich ist – an wissenschaftlich anspruchsvolleren Studien gearbeitet. Bisher kaum bekannt war, dass er in den ersten Jahren nach seiner Rückkehr privat – wahrscheinlich anonym – journalistisch-politisch aktiv war. In diesem Heft von „Wirtschaft und Gesellschaft“ werden beispielhaft vier seiner bisher unbekanntenen wirtschaftspolitischen Papiere veröffentlicht, und dieser Beitrag versucht, sie in seinem wissenschaftlichen Werk und dem historischen Umfeld zu verorten.

Abstract

In 2014, the Vienna University of Economics and Business took over Josef Steindl's scientific legacy. The University Library has filed all objects, provided a comprehensive documentation of his scientific library and research material, and made them easily available for interested scholars. Thus, Josef Steindl's library has been opened to the public as „Samm- lung Josef Steindl“ in a separate room of the University Library, and his unpublished manu- scripts, notes and scientific correspondence have been digitized and made available on the online platform „Digital Collections“ of the WU University Library (<https://viewer.wu.ac.at/viewer/>).

When he returned to Austria to the Austrian Institute of Economic Research in 1950, Josef Steindl was already a distinguished scholar. He was known in the scientific commu- nity as a reserved and modest person who had a private passion for music and the arts but focused on his research and refrained from politics. His legacy, however, has revealed a very political and journalistic side of his personality: We found about 30 manuscripts on highly topical issues of the early 1950s, parts of which he had most likely published anony- mously, but so far we were unable to detect the journal of publication.

In this issue of „Wirtschaft und Gesellschaft“ four of these papers are published, and this article tries to contextualise them in Josef Steindl's research programme as well as in their historical environment.

Key words: Full Employment Policy, Kaleckian Economics, Political Business Cycle, Post-Keynesian Economics, Stagnation, Stagnation Policy.

JEL codes: B22, D43, E12, L12, L13.

Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit?*

Josef Steindl

Kann der Kapitalismus Arbeitslosigkeit vermeiden? Nein, war vor 15 Jahren die Antwort des Sozialismus. Aber manche, die damals nein sagten, sagen heute ja, oder die reden und deuten wenigstens so, als ob man ja verstehen solle. Der rosige Optimismus ist etwas unzeitgemäß; in den meisten Ländern Europas sowie in den Vereinigten Staaten kann von voller Beschäftigung nicht mehr die Rede sein. Mehr als das, es ist schon jetzt klar, dass keine ernsthaften Maßnahmen zur Wiederherstellung dieser Vollbeschäftigung ergriffen werden. Während die Beschwichtigungshofräte der Arbeiterbewegung noch immer volle Beschäftigung versprechen, sind die routinierten Vertreter des Kapitalismus längst dazu übergegangen, die Unerwünschtheit der vollen Beschäftigung unter der Mittelklasse zu propagieren.

Wir müssen uns aber mit dem Propheten eines reformierten Kapitalismus auseinandersetzen, denn es ist nicht ganz einfach zu verstehen, wieso eigentlich das große Versprechen der vollen Beschäftigung, das die Regierung in der Zeit ihrer Bedrängnis gegeben hat, sobald vergessen wird. Wie die moderne Ökonomie gezeigt hat, ist es durchaus möglich, volle Beschäftigung zu schaffen, wenn der Staat die geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreift. Die Arbeitslosigkeit entsteht aus einem Mangel an kaufkräftiger Nachfrage, ihre letzte Wurzel ist der Umstand, dass der Kapitalismus nicht geneigt ist, den Arbeitern einen größeren Anteil am Volkseinkommen zu geben, um so den Konsum der erzeugten Güter sicherzustellen. Dem kann abgeholfen werden, wenn der Staat in irgendeiner Form den Massen zusätzliche Kaufkraft zuführt. Etwa durch Herabsetzung der Massensteuern, durch Subventionierung lebenswichtiger Güter, durch Kinderzulagen aus öffentlichen Mitteln, durch Bereitstellung neuer Wohnungen zu niedrigem Zins etc. Die Finanzierung der zusätzlichen Staatsausgaben (durch Anleihen oder Gewinnsteuern) ist eine technische Frage, die ohne Schwierigkeit gelöst werden kann, und auch die Zunahme der Staatsschuld bedeutet kein unüberwindliches Problem.

Die moderne Ökonomie hat ganz genau gezeigt, wie man dauernde und stabile Vollbeschäftigung erreichen kann; warum wird es trotzdem nicht getan? Halten wir uns vor Augen, was die Politik der vollen Beschäftigung im

* Der Text dürfte im Jahr 1950 verfasst worden sein. Da das Original maschineschrieben war, aber ohne Umlaute, war Redigieren notwendig.

Kapitalismus bedeutet. Der Kapitalismus krankt daran, dass er den Arbeitern nicht genügend Kaufkraft geben will; die Vollbeschäftigungspolitik bedeutet, dass der Staat den Arbeitern zusätzliche Kaufkraft zur Verfügung stellt, damit er die sonst unabsetzbare Erzeugung verkaufen kann. Sie läuft also darauf hinaus, dass der Kapitalismus sich sozusagen selber überlistet und durch den Staat dem Arbeiter die Kaufkraft übermitteln lässt, die die Unternehmer selber ihm nicht direkt gewähren wollen. Kann die Selbstüberlistung gelingen? Es sprechen schwerwiegende politische Gründe dagegen. Wenn die Kapitalisten dem Staat die Aufgabe zuweisen würden, konsequent eine Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben, würden sie damit den Einfluss und die Machtbefugnis des Staates in einer Weise stärken, die ihnen unliebsam und gefährlich erscheint. Der Kapitalismus ist im Allgemeinen bestrebt, den Staat schwach genug zu halten, um jede Gefahr zu bannen, dass er von den Kapitalbesitzern unabhängig werden könnte. Das ist die Grundlage jedes parlamentarischen Regimes und des demokratischen Kapitalismus. Die Kompliziertheit der parlamentarischen Gesetzgebung, die zum Beispiel in England das Sozialversicherungsprogramm der Labourregierung erschwert hat, die Vertracktheit der Konstitution, die in Amerika eine zielgerechte Krisenpolitik von vornherein unmöglich macht, dienen alle dazu, den Staat an der Entfaltung einer allzu aktiven Tätigkeit zu hindern. Der klassische Liberalismus hat diese Tendenz grobschlächtig verfolgt, indem er den Staat auf die Rolle des Nachwächters beschränken wollte. Die moderne Praxis ist subtiler und beschränkt den wirksamen Funktionsbereich des Staates durch konstitutionelle und juristische Komplikationen und in schlimmen Fällen durch ausgesprochene Züchtung von Unfähigkeit. So besehen, hat auch die groteske Inkompetenz des gegenwärtigen Staatsapparats in Österreich ihren Sinn: Unsere Kapitalisten sind innerlich so unsicher, dass ihnen schon die Gegenwart von einem halben Dutzend hochbegabten und unabhängig denkenden Männern an leitenden Stellen als Gefahr erscheinen würde. Nach ihrer Idee soll sich der Staat darauf beschränken, die verschiedenen kapitalistischen Interessen halbwegs zu koordinieren, oder im Nachhinein die Sanktion für Entscheidungen zu geben, die bei Cocktailpartys und im Rennverein gefällt werden.

Wenn nun dem Staat die Aufgabe übertragen würde, volle Beschäftigung zu gewährleisten, und wenn es ihm auch personell und organisatorisch ermöglicht würde, diese Aufgabe zu erfüllen, dann würde sein Einfluss beträchtlich steigen. Es würde ein viel stärkerer Staat sein, der etwas zuwege bringt, der ein zielbewusstes Konzept der Wirtschaftspolitik realisiert, anstatt bloß die Aufträge von Sonderinteressen zu übernehmen, und das Bewusstsein seiner Leistung würde ihn von den Kapitalbesitzern weniger abhängig machen. Man könnte nicht wissen, in welche Hände er schließlich geraten würde. All das wissen die Kapitalisten instinktiv, sie haben es im kleinen Finger.

Nur unter einer Bedingung ist der Kapitalismus geneigt, dem Staat große Machtvollkommenheit auf wirtschaftlichem Gebiet zu übertragen: wenn es sich darum handelt, ein großes und aggressives imperialistisches Projekt zu verwirklichen, und wenn gleichzeitig der Staatsapparat in so festen Händen ist, dass eine Änderung zuungunsten der Kapitalbesitzer nicht zu befürchten steht. Diese Bedingungen waren im deutschen Nazistaat gegeben, und deshalb hat dieser Staat schon vor dem Krieg volle Beschäftigung verwirklicht. Man sieht hier auch die Erklärung dafür, warum viele Fachleute, die instinktiv kapitalistische Interessen vertreten, auffällige Schwankungen in ihren wirtschaftspolitischen Ansichten zeigen: Vor der Naziherrschaft waren sie gegen volle Beschäftigung und Planung, unter den Nazis dafür, jetzt sind sie wieder dagegen. Sie spiegeln nur die allgemeine Einstellung der Kapitalbesitzer wider.

Der zweite Hauptgrund für die Abneigung gegen die Vollbeschäftigung wird von den Vertretern des Kapitalismus selbst ganz ungeniert angeführt: Volle Beschäftigung würde den Arbeiter von der ständigen Drohung der Arbeitslosigkeit befreien, und die Unternehmer würden damit das entscheidende Mittel der Disziplinierung der Arbeiter verlieren. Die gelehrten Anwälte einer auf der nackten Existenzangst gegründeten Gesellschaftsordnung übertreiben die rein wirtschaftlichen Folgen (Verringerung der Arbeitsleistung, unregelmäßiges Erscheinen am Arbeitsplatz) natürlich maßlos. Aber man muss sie vom politischen und psychologischen Standpunkt verstehen. Die Unternehmer lieben es über alles, sich als Herren im eigenen Haus zu fühlen und die Arbeiter von sich abhängig zu wissen; sie wollen auf ihr entscheidendes Druckmittel nicht verzichten, auch wenn sie dafür ein paar Krisen einstecken müssen. Das ist eine bankrotte Lebensauffassung, aber so sind sie.

Es kann uns nicht mehr Wunder nehmen, dass in den westlichen Ländern (England, Amerika) in den letzten Jahren gegen die neomodischen Ideen von der vollen Beschäftigung Sturm gelaufen worden ist. Die stumpfsinnigen Lehren von der Notwendigkeit eines ausgeglichenen Budgets und „gesunder“ Finanzen waren schon totgeglaubt, aber sie werden heute in den europäischen Kolonien Amerikas, vor allem in Westdeutschland, auf das unheilvollste angewendet, und sie werden morgen in Amerika selbst der Forderung nach energischer Bekämpfung der Krise entgegengestellt werden.

Es ist außerordentlich wichtig für fortschrittliche Sozialisten zu wissen, dass die Kapitalbesitzer die Forderung nach dauernder Vollbeschäftigung nie gewähren werden, obwohl es in ihrer Macht liegen würde. Wir dürfen aber nicht aufhören, diese Forderung laut in konkreter Form zu erheben, weil nur aus dieser ständigen Demonstration des üblen Willens des Kapitals für uns die moralische Kraft kommen kann, um eine Änderung zu schaffen.

Die Strukturen der österreichischen Wirtschaft nach dem Krieg*

Josef Steindl

Der letzte Krieg hat für Österreich wie für viele andere Länder eine Senkung des Lebensstandards und beträchtliche Verluste des Volksvermögens mit sich gebracht. Am nachhaltigsten sind die Verluste an Wohnraum, die bis heute nur zum geringsten Teil wettgemacht sind. Eine üble Auswirkung der Politik des deutschen Imperialismus war die Vernachlässigung der Landwirtschaft (Einschränkung der Anbauflächen, verringerte Qualität des Viehstocks). Dass diese Vernachlässigung der Landwirtschaft bis heute nicht gut gemacht ist, ist allerdings eine Folge der Mängel der Agrarpolitik der Nachkriegszeit. Die Anbauflächen der Vorkriegszeit sind nicht erreicht; die Verwendung von Kunstdünger wurde nicht auf das wünschenswerte Maß gesteigert, sie bleibt sogar hinter dem bescheidenen Ziel des „long-term Programms“ um etwa 25% zurück. Einer der schwersten Mängel ist die ungenügende Einfuhr an Futtermitteln: Sie belief sich im Jahre 1950 auf 272.000 t gegen 564.000 t im Jahre 1937. Andererseits hat die deutsche Kriegswirtschaft für Österreich eine Erweiterung der Industriekapazität mit sich gebracht. Österreich war schon vor 1938 ein industrialisiertes Land, dessen Industrie stark vom Export abhing (etwa 25% der Industrieproduktion wurden exportiert). Seither ist aber die Kapazität stark erweitert worden, so in Roheisen, Aluminium, Stickstoff, Zellwolle, aber auch die Kapazität der Maschinen- und Elektroindustrie ist per Saldo größer als vor dem Krieg. Die Erweiterung der Kapazität war allerdings ungleichmäßig und hat Engpässe bestehen lassen, die nur zum Teil beseitigt werden konnten (Stahl, Blech, nahtlose Rohre). Von größerer Bedeutung ist folgende Erwägung: Die stark erweiterte Kapazität, insbesondere auf dem Eisensektor, kann auf dem Inlandsmarkt keine genügende Ausnutzung finden. Es ist notwendig, dafür Exportmärkte zu finden und, da der Export von rohen und halbfertigen Gütern keine Lösung des Zahlungsbilanzproblems möglich macht, muss das Hauptgewicht auf dem Export von Erzeugnissen der eisenverarbeitenden Industrie liegen. Dafür spricht das Vorhandensein der geschulten Facharbeiterschaft in diesen

* Der Text dürfte 1951 oder 1952 verfasst worden sein.

Branchen, von technischen Talenten und von unausgenutzten Kapazitäten der Maschinen und Elektroindustrie.

Die Realisierung des Zieles der Exporterweiterung der erwähnten Branchen hängt von einer Reihe von Voraussetzungen ab:

1. Der potentielle Absatz für diese Industrien liegt zum großen Teil im Osten. Ohne Osthandel kann der Export unserer Finalindustrie nicht in Gang kommen, da nur im Osten der Bedarf nach diesen Erzeugnissen dringend genug ist, um den Mangel unserer Konkurrenzfähigkeit wettzumachen.
2. Die Finalindustrie braucht nicht nur große, sondern auch stabile Märkte. Nur so ist es möglich, die Fabriken zur Spezialisierung zu bringen, während sie jetzt, um Krisenempfindlichkeit zu vermeiden, eine große Vielfalt von Erzeugnissen machen und kleine Aufträge im bunten Wechsel ausführen. Es ist notwendig, große Aufträge über längere Sicht zu sichern, um eine wirtschaftliche Produktion zu ermöglichen.
3. Die genannten Industrien bedürfen einer regen Entwicklungstätigkeit, um zu reüssieren; es kommt hier auf technische Leistungen an (vergleiche etwa den Jenbacher Dieselmotor), die nur durch langes Studium und Experimentieren möglich werden. Da das ein großes Risiko bedeutet, ist die Voraussetzung dafür wieder, dass eine vernünftige Aussicht auf Absatz besteht.

Während unsere Industrie ihrer Struktur nach auf den Export von Fertigwaren angewiesen ist, ist das Land gleichzeitig in hohem Maße importabhängig (Kohle, Rohstoffe, Nahrungsmittel). Die Schwierigkeit, die nötigen Importe zu beschaffen, steht heute im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Zum Teil ist es eine reale Schwierigkeit, bestimmte Waren überhaupt in ausreichenden Mengen zu bekommen. Zum Teil wird die kommerzielle Einfuhr durch die Unterbewertung des Schillings erschwert, der das Äquivalent eines hohen Zollschatzes für die österreichische Industrie und Landwirtschaft bedeutet.

Die oben angedeutete, durch die Struktur der österreichischen Industrie bestimmte Orientierung der Exportpolitik ist bisher im wesentlichen nicht befolgt worden, ja die Verfolgung einer solchen Politik wird durch die vorwiegende Rohstoffausfuhr erschwert, da dadurch zusätzliche Engpässe geschaffen werden.

Im Gegensatz zu den potentiellen Möglichkeiten der österreichischen Industrie steht die Entwicklung des österreichischen Lebensstandards. Die Reallöhne haben den Vorkriegsstand nicht erreicht. Da die darauf bezüglichen Ziffern im Detail unzulänglich sind, soll hier auf die direkte Messung des Konsumniveaus der städtischen Bevölkerung Bezug genommen werden.

Konsum der städtischen Bevölkerung im Jahr 1950 als Prozent von 1937:

Milch (Nichtselbstversorger, pro Kopf)	73%
Butter (Nichtselbstversorger, pro Kopf)	89%
Fleischverbrauch (Wien, pro Kopf)	66%
Obst (Anlieferung nach Wien, pro Kopf)	62%

Die Tendenz dieser Zahlen wird durch Haushaltsstatistiken in Wien und Provinzstädten bestätigt. Dieser Rückgang des Lebensstandards der städtischen Bevölkerung steht im Gegensatz nicht nur zur Entwicklung des Industriepotenzials, sondern auch zur tatsächlichen Steigerung der Produktion, die 1950 immerhin 142% von 1937 erreichte.

Es ergibt sich, dass der Lebensstandard der städtischen Bevölkerung das Friedensniveau bei weitem nicht erreicht hat, dass also die Folgen des letzten Krieges noch nicht überwunden sind, während schon die Vorbereitung eines neuen Krieges – auf dem Weg über die internationale Preissteigerung und Rohstoffknappheit – der Bevölkerung neue Opfer auferlegt.

Das Budget*

Josef Steindl

Das Budget für 1952 hat durch die Höhe der Gesamtausgaben Aufsehen erregt. Während die gesamten laufenden Ausgaben 1948 noch 4,4 Milliarden S. waren, sind sie für 1952 mit 18,8 Milliarden S. angesetzt worden. Wenn man sich darüber wundert, zeigt das nur, dass das Ausmaß der fortdauernden Preissteigerung den weitesten Kreisen noch immer nicht ganz klar zum Bewusstsein gekommen ist.

Der Finanzminister hat festgestellt, dass in den geschätzten Steuereinnahmen von 18,7 Milliarden keine nennenswerten Reserven enthalten seien. Nun, hoffentlich hat er das nicht ernst gemeint. In den letzten Jahren waren die Einnahmen des Budgets immer stark unterschätzt, und zwar absichtlich. Man hat immer mit zusätzlichen Ausgaben gerechnet und dafür sozusagen im Geheimen eine Reserve angelegt. Es wäre nur zu unvorsichtig, wenn man das heuer nicht getan hätte, denn die Ausgaben-schätzungen des Budgets werden angesichts der außerordentlich stark laufenden Preissteigerung – und der nicht lange aufschiebbaren Lohnsteigerung – bald überholt werden.

Wir können also annehmen, dass dieses Budget ebenso wenig wie seine Vorgänger ernst gemeint ist. In der Blütezeit des Kapitalismus war das Budget eine Art Rechnungslegung an das Parlament, im Sozialismus ist es ein Plan. Bei uns ist es nur ein optischer Eindruck. Margaretha gibt das wohl selbst zu, wenn er sagt, er habe ein Defizit von 100 Millionen S. eingesetzt, „um die bedrängte Lage zum Ausdruck zu bringen, und als Warnung für alle jene, die nicht genug verlangen können“. Die Ziffern, die der Öffentlichkeit vorgelegt werden, sind also in erster Linie dazu bestimmt, gewisse „Eindrücke“ zu erzielen.

Steuerlast der Reichen verringert

Nichtsdestoweniger können wir aus den Steueransätzen dieses Budgets eine interessante Entwicklung ersehen. Vergleichen wir die Steuereinnahmen im Voranschlag mit den tatsächlichen Steuereinnahmen des Jahres 1950, so ergibt sich, dass die Steuerlast in dieser Zeit sich von den Kapitalisten zu den Arbeitern und Angestellten verschiebt.

* Der Text dürfte im Jahr 1951 verfasst worden sein.

	Warenumsatz- steuer	Lohnsteuer (Millionen Schilling)	Veranlagte Einkommen-, Körperschafts-, Gewerbe- plus Vermögenssteuer
1950	2.093	953	2.880
1951 (BVA)	3.321	1.433	3.271
1952 (BVA)	4.410	1.700	3.540

Die Summe der veranlagten Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Vermögenssteuer, also die Steuern, die speziell auf den Gewinn fallen, ist gegenüber dem Jahr 1950 um 23% gestiegen. Die Lohnsteuer dagegen steigt um 78%. Die Warenumsatzsteuer (die die Armen stärker trifft als die Reichen) ist um 110% höher angesetzt, sie steigt also um das Doppelte.

Man könnte sich darüber wundern, dass der Ertrag aus den „Gewinnsteuern“ seit 1950 nur um 23% steigen sollte. Sind doch die Preise seit damals um 50% gestiegen. Das Rätsel ist leicht erklärt: Die erwähnten Steuern auf die Gewinne werden nämlich etwa zwei Jahre später gezahlt, d. h. die Steuereinnahmen des Jahres 52 kommen aus dem Gewinn des Jahres 1950. Während die beschleunigte Preissteigerung des letzten Jahres sich in den anderen Steuereingängen rasch auswirkt, tritt sie bei den Steuern auf den Gewinn erst viel später auf.

Die Tatsache, dass die Preissteigerung sich seit 1950 stark beschleunigt hat, ist die Ursache dafür, dass die Steuern auf den Gewinn hinter den Steuern, die von den Arbeitern bezahlt werden, zurückbleiben. 1950 war die Lohnsteuer 1/3 dieser Gewinnsteuern, 1952 soll sie nach Voranschlag 1/2 sein.

Die bedrängte Lage des Budgets

Aus dem Vorstehenden können wir leicht sehen, dass, und wieso, die Preissteigerungen das Budget in eine schwierige Lage bringen. Ein Teil der Einnahmen, nämlich die Gewinnsteuern, bleibt immer zwei Jahre hinter der Preisentwicklung zurück: Diese Steuern werden also sozusagen in entwertetem Geld gezahlt. Nehmen wir die Summe von Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteuer, die im Voranschlag 3,480 Milliarden ausmacht. Diese Steuer ist aufgrund der Gewinne von 1950 berechnet. Heute sind die Preise etwa 50% höher, die Gewinne allein aus diesem Grund um 50% höher, und die Steuereinnahmen müssten daher aufgrund der gegenwärtigen Preise um mindestens 50%, also 1.750 Millionen S höher sein. Das ist eine ganz schöne Summe, fast 10% der ganzen Steuereinnahmen. Der Finanzminister wäre die Sorge um die Finanzierung der Investitionen los, wenn diese Summe zur Verfügung stünde. Aber er hat es vorgezogen, Demagogie zu treiben und die Anzahl der Staatsbeamten und Pensionisten für die Schwierigkeiten verantwortlich zu machen.

Ein asoziales Steuersystem

Die früher erwähnten Steuern auf Gewinn oder Besitz machen etwa ein 1/5 der gesamten Einnahmen aus. In England belaufen sich die Steuern auf Gewinn und Besitz auf etwa 1/3 der gesamten Steuereinnahmen. Man sieht daraus, dass mit unserem Steuersystem etwas nicht in Ordnung ist. Die Hauptschuld liegt wohl in der Anwendung, in der Praxis, durch die das Prinzip der progressiven Besteuerung weitgehend unwirksam gemacht wird. Die Anrechnung von fiktiven Spesen (bzw. Anrechnung von privaten Konsumausgaben als Spesen), die Unterfakturierung im Exportgeschäft und die Manipulation von Abschreibungen geben die Möglichkeit, sich von der grauen Theorie der Einkommensteuer, wie sie am Papier steht, weit zu entfernen. (Überdies gibt das Investitionsbegünstigungsgesetz ein ganz legales Mittel, um die Besteuerung der Gewinne wesentlich zu reduzieren.) Dass es nicht ganz geheuer ist mit der Praxis der Einkommensteuer, kann man daraus ersehen, dass ein undurchdringliches Dunkel über alle Fragen der Finanzstatistik gebreitet wird. Man versuche einmal, vom Finanzministerium die Angaben über die Einkommensteuerstatistik zu bekommen, die in England oder Amerika als eine Selbstverständlichkeit regelmäßig veröffentlicht werden.

Neue Verbrauchsteuern – heißt das Preisstabilisierung?*

Josef Steindl

Der Herr Finanzminister hat Sorgen. Er soll das Budget ausgleichen. An und für sich würde kein zwingender Grund bestehen, warum er das tun soll: Der Staat kann ja Kredit nehmen, um seine Investitionen zu finanzieren. Aber die Amerikaner verlangen, dass das Budget ausgeglichen ist, und sie erzwingen damit weitere, ganz unheimliche Kürzungen der Investitionen (die zum Beispiel die Bundesbahnen hart treffen müssen).

Es ist wichtig zu wissen, dass diese Politik nicht auf Österreich beschränkt ist, sondern in ganz Westeuropa unter amerikanischem Druck vor sich geht: Überall sind Kamitze¹ seit einiger Zeit daran, die Investitionen (Bauten etc.) des Staates zu verringern und damit die Arbeitslosigkeit zu steigern. Es ist wichtig für uns, weil die Kamitz-Politik der anderen Länder uns mindestens eben so trifft wie unsere eigene. Sie bedeutet eine Schrumpfung unserer ausländischen Märkte und einen Rückgang unserer Exporte und damit Arbeitslosigkeit in unserer Industrie. Und überall geht diese Politik auf den gleichen amerikanischen Einfluss zurück. Man beliebt es, sie „Stabilisierungspolitik“ zu nennen. Der Minister Böck-Greissau² hat kürzlich gesagt, dass Österreich seit einem Jahr eine wirtschaftliche Stabilität wie kein anderes Land erreicht habe. Wahrhaftig, wir haben 65.000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr,³ wir schlittern in eine ausgesprochene Wirtschaftskrise hinein, und der Minister rühmt die Stabilität unserer Wirtschaft!

Bei alledem wird der Ausgleich des Budgets schwerer als je. Warum? Die Ausgaben steigen – ist doch mehr Arbeitslosengeld auszubezahlen. Die Steuereinnahmen sinken, weil die Einkommen und der Umsatz geringer werden: Je weniger Leute beschäftigt sind, je geringer die Produktion und der Absatz, desto weniger werden natürlich die Steuereingänge.

Die Politik der „Stabilisierung“ – zu Deutsch gesagt, des Abbaus und der Beschäftigungseinschränkung – führt also von selbst dazu, dass der Finanzminister heute nicht weiß, woher er das Geld nehmen soll. Wer soll nun die Zeche für diese Politik bezahlen? Bei der Zusammensetzung un-

* Das Original dürfte um die Jahreswende Anfang 1953 verfasst worden sein. Es liegt handgeschrieben vor und ist im digitalen Nachlass einsehbar. Die erklärenden Anmerkungen wurden im Nachhinein eingefügt.

serer Regierung ist es nicht überraschend, dass der Druck auf die Arbeiter und Rentner überwältigt werden soll. Man plant die Verbrauchsteuern und die Bahntarife zu erhöhen. Das bedeutet natürlich Preiserhöhungen und steht – im Widerspruch zur „Stabilisierung“. Aber augenscheinlich meinen die Minister, wenn sie den Erfolg der Stabilisierung rühmen, nur die Stabilisierung der Löhne!

Eine Erhöhung der Verbrauchsteuern auf den Massenkonsum bedeutet eine erhebliche Belastung der Arbeiterhaushalte, während sie für die Wohlhabenden nicht ins Gewicht fällt. Es ist selbstverständlich, dass die Arbeiter dagegen Stellung nehmen müssen, dass ausgerechnet sie die Zeche für die ruinöse Krisenpolitik zahlen sollen. Die Stellungnahme ist klar: Wenn durch erhöhte Verbrauchsteuern die Preise hinaufgetrieben werden, hat es mit der Lohnstabilisierung ein Ende! Ebenso wenig wie die Arbeiterschaft bereit ist, die Zeche für eine erneute Abwertung zu zahlen, ebenso wenig ist sie auch bereit, die Zeche für den Ausgleich des Budgets zu zahlen.

Diese Haltung ist umso mehr berechtigt, als die Sorgen des Herrn Finanzministers nicht vom Himmel verfügt und unabwendbar sind. Man lasse sich hier nicht täuschen. Man redet den Arbeitern immer wieder ein: Unsere Schwierigkeiten kommen davon, dass uns die Amerikaner weniger Geld geben, dass sie die Hilfe reduziert haben. Das ist falsch. Unsere Schwierigkeiten kommen nicht davon, dass uns die Amerikaner die Hilfe kürzen, sondern davon, dass sie uns verbieten, uns einen Ersatz für die Hilfslieferungen in der Erweiterung des Osthandels zu suchen. Was fehlt uns denn? Uns fehlt letzten Endes nicht Geld, uns fehlen Rohstoffe und Nahrungsmittel, die wir uns auf die Dauer nur im Austausch gegen die Erzeugnisse unserer Industrie beschaffen können. Uns fehlen also Märkte, Absatz- und Bezugsmärkte. Die Amerikaner können uns nicht Märkte bieten, denn ihre Industrie sperrt sich vor jeder ausländischen Konkurrenz ab. Die Märkte im Osten aber werden uns verboten, denn die Amerikaner glauben, den Aufbau Russlands durch einen allgemeinen Handelsboykott verzögern zu können. Hier liegt der Kern unserer Schwierigkeiten: Wir können Vollbeschäftigung nur durch Osthandel haben, und das gilt für ganz Europa. Da aber die europäischen Kamitze im Auftrag Amerikas den Osthandel sabotieren, können sie uns nicht Vollbeschäftigung, sondern nur steigende Arbeitslosigkeit bieten.

Darauf gehen, wie wir gezeigt haben, auch die Schwierigkeiten unseres Budgets zurück; denn von arbeitslosen Arbeitern und eingeschränkten Umsätzen kann man nur wenig Steuereingänge erzielen. Wenn Kamitz in Geldnöten ist, so ist das nur die Folge seiner eigenen Politik und die der anderen europäischen Kamitze, die uns in immer größere Arbeitslosigkeit hineinstabilisieren und heruntersaniieren. Die Zeche für diese Politik, den Arbeitern in Form von höheren Verbrauchsteuern und demgemäß erhöh-

ten Preisen anzulasten, ist zu viel verlangt. Das bedeutet, dass so und so viele Arbeiterfamilien, die schon mit der Erhaltung eines arbeitslosen Familienmitglieds belastet sind, nun auch noch höhere Preise für wichtige Verbrauchsgüter bezahlen müssen. Die Arbeiter werden in vollem Recht sein, wenn sie sich mit dieser Form der Stabilisierung nicht einverstanden erklären und ihrerseits einen Lohnausgleich verlangen.

Anmerkungen

- ¹ Reinhard Kamitz (18.6.1907-9.8.1993) war von 23.1.1952-17.6.1960 Finanzminister.
- ² Josef Böck-Greissau (5.4.1893-21.4.1953) war 23.1.1952-21.4.1953 Minister für Handel und Wiederaufbau.
- ³ Im Februar 1953 war die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 65.000 höher als im Februar 1952. Österreich hatte 1953 mit 8,7% die höchste Arbeitsrate der Nachkriegsjahrzehnte.